

SPEZIALDEBATTEN

ÖVP

Gemeinderat Kurt HOHENSINNER

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat!

Ich habe mir auch erlaubt, den ORF zu bestellen. Ich möchte gleich zu Beginn anfangen, lieber Karl-Heinz Herper, ich habe schon Verständnis für deinen Frust, dass dich deine ParteikollegInnen am 1. Mai nicht reden haben lassen, aber dass du heute die für den 1. Mai vorbereitete Rede mitgebracht und verlesen hast, verwundert mich sehr stark, aber man hat schon einen gewissen Frust von dir, deiner Partei gegenüber gemerkt. Sehr gut, jetzt wachen wir alle auf nach dem Mittagessen.

In nur wenigen Tagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, beginnt in Österreich die Fußball-Europameisterschaft. Die National-Elf war in der vergangenen Woche auf Trainingslager. Sie holten sich dort den letzten Schliff, wie es sich vielleicht manche Gemeinderäte auch hätten holen sollen. Sie fragen sich jetzt wahrscheinlich berechtigt, was das mit der heutigen Budget-Gemeinderatssitzung zu tun hat. Ich baue Ihnen eine kleine Brücke.

2003 war Graz als Kulturhauptstadt Europameister. Angeführt von der damaligen "Graz-Neun", ich meine die damalige Stadtregierung, jetzt versuche ich, das wieder ein bisschen zu besänftigen, investierte die Stadt in die Zukunft. Seither spielt Graz in der EM der Städte. Diese Strahlkraft gehört trainiert und ausgebaut.

Wir halten den gut vorbereiteten Trainingsplan – das Budget 2008 der steirischen Landeshauptstadt – in Händen. In einer sehr trockenen Zahlensprache hält dieser Trainingsvoranschlag die dringende Absicht über die Weiterführung der Konsolidierung auf Kurs.

Dieser Sparkurs ist im übertragenen Sinn eine sehr harte Competition, um auch in konjunkturell schwierigen Zeiten wettbewerbsfähig zu bleiben und den sozialen Standort nachhaltig sicherzustellen. Das Team Graz kann nur weiterhin erfolgreich

sein, wenn der Rückhalt, die Verteidigung sozusagen, gut aufgestellt ist und vor allem ein Schwerpunkt in der Nachwuchsarbeit (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) gesetzt wird. Na, ich freue mich ja, dass da eine Emotion jetzt drinnen ist. Im heurigen Budget ist genau neben der Konsolidierung dieser Schwerpunkt gesetzt. Hier möchte ich einige für mich sehr wichtige Themen anführen: Die Integration von Menschen mit Behinderung ist eine Querschnittsmaterie, die sich aber schwerpunktmäßig in den Pflichtausgaben des Sozialressorts wiederfindet. Das Landesbehindertengesetz, welches im Vorjahr novelliert wurde, und sich in unserem Budget mit einer höheren Belastung von zirka brutto drei Millionen Euro niederschlägt, ist für mich eine ganz, ganz wichtige sinnvolle Investition in die Zukunft.

Menschen mit Behinderung sind nicht mehr länger Bittsteller, sondern sie können gesetzliche Leistungen in Anspruch nehmen (*Applaus ÖVP*). Mit dem Grundsatz „mobil vor stationär“ setzen wir ein wichtiges Zeichen in Richtung Inklusion und werden auch mittel- und langfristig mit dem Aufbrechen der Institutionalisierung Einsparungen erwirken.

Extrem verwundert und enttäuscht nahmen allerdings die Sozialhilfeverbände der Steiermark zur Kenntnis, dass sich der Sozialreferent des Landes, Dr. Kurt Flecker, mit dem novellierten Behindertengesetz aus der finanziellen Verantwortung stiehlt, indem er die Kosten der gestützten Arbeit im öffentlichen Dienst zu 100 % den Gemeinden überlässt und Sie dürfen sich jetzt nicht aufregen, Sie sind ja auf unserer Seite, wir haben bereits in diesem Gemeinderat in der letzten Periode diesbezüglich zwei dringliche Anträge in Richtung des Landes verabschiedet, passiert ist leider nichts.

Besonders hart, sehr geehrter Herr Klubobmann, trifft es die im Wettbewerb mit privaten Anbietern stehenden Eigenbetriebe der Stadt, die sich wie Graz besonders um die Integration einsetzen. Bürgermeister Siegfried Nagl zeigt als Teamchef den Wiener und dem steirischen Team, wie die Integration, wie die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung funktioniert. Die Sozialpolitiker Kurt Flecker und Erwin Buchinger haben es bis dato leider nicht geschafft, rechtliche Rahmenbedingungen für jene Menschen mit Behinderung zu schaffen, die es sehr, sehr schwer haben, am ersten Arbeitsmarkt unterzukommen und jene, die eine Leistung nur unter 50 % leisten können. Die vier jungen Menschen, Sie kennen Sie alle, die in den letzten 15 Monaten hier in diesem Haus beschäftigt waren, die gezeigt haben, dass sie sehr

wohl auch in einem Unternehmen wie dem Magistrat wirklich irrsinnig gute Dienstleistungen erbringen können, hat Bürgermeister Siegfried Nagl, unser Teamchef, über den Stellenplan sozusagen in unserem Kader aufgenommen, ich sage noch einmal danke, Herr Bürgermeister (*Applaus ÖVP*).

Hier ist Sozialstadträtin Elke Edlinger aufgerufen, von ihren ParteikollegInnen sozial- und arbeitsrechtliche Voraussetzungen einzufordern, um dieses Erfolgsmodell fortzusetzen und nicht nur fortzusetzen, weil dieses Modell ist in Graz, in ganz Österreich einzigartig und ich fordere sie auf, hier eben aktiv zu werden, das andere Städte auch mit so einem Modell folgen können.

Übrigens beschäftigt die Stadt Graz mehr als doppelt so viele Menschen mit Behinderung, als das Behinderteneinstellungsgesetz einfordert. Das haben wir gehört, wie der Georg Schröck in der letzten Gemeinderatssitzung oder in der vorletzten, nachgefragt hat und da hat der Bürgermeister das beantwortet, ich finde das großartig. Die „Graz-Neun“ unterstützt Menschen mit Behinderung auch mit einer Vielzahl an freiwilligen Leistungen, wie zum Beispiel das Behindertentaxi, welches für die Mobilität extrem wichtig ist.

Stadträtin Elke Edlinger und Bundesminister Erwin Buchinger präsentierten kürzlich in Graz die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Grundsätzlich eine gute und wichtige Sache, wobei der Gesetzesentwurf sehr viele Fragezeichen aufgetan hat, wir haben auch in der letzten Gemeinderatssitzung nachgefragt, nur wurden unsere Fragen unzureichend beantwortet. Hier bitten wir um Aufklärung.

Da wir durch Gernot Wippel einen wirklich sehr kompetenten Sozialamtsleiter haben, fordere ich an dieser Stelle die Sozialstadträtin Elke Edlinger auf, sich weg von einer sozialen Verwalterin, hin zu einer von Gusenbauer proklamierten „Sozialfighterin“ zu entwickeln. Ich hätte mir nicht gedacht, dass mir so schnell die Kämpferin Tatjana Kaltenbeck-Michl abgehen wird.

Bitte kämpfen Sie für unser Team, damit sich der Bund finanziell beteiligt und sich nicht nach dem Motto „Eine bedarfsorientierte Runde für alle, zahlen tut wer anderer...“ aus der Affäre zieht (*Applaus ÖVP*).

Bitte setzen Sie sich mit Nachdruck ein, damit Menschen mit Behinderung nicht ausgegrenzt werden, da der Begriff „arbeitsfähige Personen,“ unklar definiert ist.

Menschen mit Behinderung sind im Regelfall arbeitsfähig, aber nur beschränkt im Erwerbsleben einsetzbar.

Aber jetzt zu unserer Zukunft:

In der Nachwuchsarbeit leistet „U21-Teamkapitän“ Detlev Eisel-Eiselsberg wertvolle Arbeit (*Applaus ÖVP*). Er erhöht bei den Vereinen die Mannschaftsförderung von 700 auf 1.000 Euro (*Applaus ÖVP*). Einen weiteren Meilenstein setzt Stadtrat Eiselsberg: Ab Herbst 2008 werden auch Tagesmütter für alle Familien leistbar sein. Durch die einstige und ungerechte Förderungspolitik der ehemaligen sozialdemokratischen Jugendtrainerin kostet derzeit ein Tagesmutterplatz um 100 Euro mehr als ein Kinderkrippenplatz. Nun werden Förderungen entwickelt, damit ein Trainingsplatz bei Tagesmüttern nicht teurer ist als einer in der Kinderkrippe.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Hohensinner**: Ja, wenn Sie richtig zugehört hätten, hätten Sie mein Bild auch ein bisschen verstanden. Der Ausbau weiterer Trainingsangebote in unserer Stadt wird nun wesentlich erleichtert, da der Aufnahmestopp im Tarifmodell aufgehoben wird und nach Einzelfallprüfungen weitere private Anbieter ihr Angebot ausweiten werden. Noch heuer werden drei weitere Kinderkrippen eingerichtet.

Zwischenruf GR. Eichberger: Danke, Sigi.

GR. **Hohensinner**: Sehr gut. Ein besonderer Dank gilt meiner Gemeinderatskollegin Sissi Potzinger, die mit sieben Anträgen nicht locker ließ (*Applaus ÖVP*).

Erlauben Sie mir, das Freizeitangebot (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) junger Menschen mit verschiedenen Trainingsarten zu vergleichen. Haben Kinder und Jugendliche in ihrer Freizeit nur wenige sinnvolle Trainingsmöglichkeiten, ist gleich Freizeitangebote, mit welchen sie sich identifizieren können, steigt natürlich das Risiko, die Trainingsmethode Doping in Anspruch zu nehmen. Doping ist gleich Drogen.

Hier sind alle „Graz-Neun“ gefordert, interessante Trainingsarten zu schaffen. Durch die vielen im Budget vorgesehenen Initiativen wie das Projekt Points4Action, die freiwillige Jugendfeuerwehr, der vergünstigte Freibädertarif, Kulturaktivitäten und nicht zu vergessen der so wichtige Sportbereich, investieren wir ohne Einsparungen in unseren Nachwuchskader und somit in die Zukunft der Stadt. Wir müssen als Team Graz auch jenen Menschen helfen, die sich mangels Trainingsangeboten mit Drogen dopen.

Seit längerer Zeit liegen Pläne vor, neben Kainbach an einem geeigneten Standort im Großraum Graz ein weiteres Drogentherapiezentrum zu verwirklichen, welches eine Vielfalt an niederschweligen Hilfeleistungen anbieten sollte. Eine längst überfällige Idee, die auch in unserem Koalitionspakt festgeschrieben steht.

Da sich die Grazer SPÖ selbständig die stellvertretende Kapitänsschleife in der Teamaufstellung herunterzogen hat, verstehe ich auch, dass Dr. Wolfgang Riedler noch nicht in seine erwünschte Form aufgelaufen ist. Da ich persönlich von dir, sehr geehrter Herr Stadtrat Riedler, bezüglich des Gesundheitsbereiches noch nichts gehört, noch nichts in der Zeitung gelesen habe und schon gar nicht eine Erneuerung im Budget gefunden habe, gehe ich davon aus, Herr Doktor, dass du bereits mit Landesrat Hirth in Geheimverhandlungen getreten bist. Wenn das der Fall ist, bin ich sehr froh, sind wir, glaube ich, alle froh, lasse es uns wissen. Meine Partei wird dich da tatkräftig in der Umsetzung unterstützen (*Applaus ÖVP*).

Lieber Gerald! Wir haben soeben, das war vor der Pause, den auf der Ersatzbank sitzenden Gerald Grosz gehört. Wenn ich mir das Budgetdefizit in vom Bündnis regierten Land im Süden anschau, müsste der steirische Panther auf deiner Brust ganz schnell ausgewechselt werden in einen in Blei gegossenen Kärntner Pleitegeier, lieber Gerald.

Teamchef Jörg Haider regiert in Kärnten, als gäbe es kein Morgen. Er schaufelt richtig das Geld mit beiden Händen beim Fenster hinaus, als gebe es kein Morgen und die leidtragenden Generationen hält er wahrscheinlich nicht umsonst mit „1-Euro-Partys“ bei der Stange, lieber Gerald, weil das sind die Leute, die Schulden auslöffeln müssen. Aber jetzt werde ich dir ganz kurz was erzählen, du kennst dich vielleicht in anderen kleinen Gemeinden aus, aber 2004, lieber Gerald, betrug die Pro-Kopf-Verschuldung in Kärnten 1.693 Euro. 2008 verdoppelte sich diese Schuldenlast auf unglaubliche 3.447 Euro mit einer Tendenz in den blauorangen Himmel. Kärnten hat somit die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer, das kannst du überall nachlesen und mache das, dass du nicht so einen Blödsinn verzapfst in dem Haus (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Grosz: Ordnungsruf.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich bitte den Herrn Gemeinderat, den „Blödsinn“ zurückzunehmen.

GR. Hohensinner: Ich nehme Blödsinn zurück, aber ich sage, dass die Interpretation von Blödsinn halt eine ganz subjektive Sache ist und nach meiner Auslegung war das halt nicht Faktum, wenn man die Budgetzahlen anschaut.

Sowie bei der National-Elf kommen auch die Profis der „Stadt-Neun“ aus verschiedenen Klubs, das heißt Parteien. In einem erfolgreichen Team braucht man gute Solisten und Taktiker. Diese Eigenschaften kommen aber dann nur zum Tragen, wenn sich alle einem Ziel unterordnen. Das Team Graz soll auch weiterhin in der Europaliga der Städte mitspielen. Ich glaube, das Ziel haben wir alle.

Durch das Ziel der Budgetkonsolidierung, die Stärkung des sozialen Rückhalts und die nachhaltige Investition in die Generationenbalance haben wir uns Schwerpunktziele gesetzt. Als Austragungsort der Chorolympiade und der

Bewerbung zur „City of Design“ haben wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Qualifikation für die nächste Runde geschafft. Danke (*Applaus ÖVP*).

SPÖ

Gemeinderätin Edeltraud MEISSLITZER

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte vom sportlichen Sprachgebrauch doch etwas wegkommen und glaube, mit Konfuzius gut beraten zu sein. Wer das Ziel kennt, und Herr Kollege Hohensinner, Sie haben von Zielen gesprochen, wer das Ziel kennt, kann entscheiden. Wer entscheidet, findet Ruhe. Wer Ruhe findet, ist sicher. Wer sicher ist, kann überlegen und wer überlegt, kann verbessern.

Diesen Spruch möchte ich gerne dem Herrn Finanzstadtrat Dr. Gerhard Rüschi ins politische Stammbuch schreiben.

Denn ich glaube, im Gegensatz zu den vergangenen Voranschlägen, die von ihrem Vorgänger Wolfgang Riedler gekommen sind, kann ich diesmal keine Überlegungen erkennen, damit sich die Finanzsituation der Stadt verbessert. Ganz im Gegenteil – die Vorausschau auf die restlichen Monate des Jahres 2008 ist wenig erfreulich.

Die Lücke im Budget ist, wie wir heute schon gehört haben, exorbitant hoch – und das trotz Mehreinnahmen, die bis zu 30 Millionen Euro ausmachen und zum Teil aus Ertragsanteilen kommen. Die Erklärung, dass übergeordnete Gebietskörperschaften ihre Leistungen nicht bringen würden, ist uns, uns so glaube ich, einigen in diesem Haus auch noch aus der Ära des Finanzreferenten Siegfried Nagl bekannt – auf die uns damals vom Kollegen Nagl immer wieder angekündigten Millionen warten wir noch heute. Was kein Wunder ist: Wenn Sie hoffnungslos Ihr Konto überziehen, können Sie auch nicht darauf bauen, dass ein Nachbar dieses Konto ausgleicht und für Sie einspringt (*Applaus SPÖ*).

Von der neuen schwarz-grünen Stadtregierungscoalition, die, wie es im Koalitionspapier heißt, dem Willen der Wähler entspricht, wird der von Finanzstadtrat Dr. Riedler eingeschlagene Sparkurs der vorangegangenen Jahre jedenfalls bereits nach vier Monaten verlassen. Wobei ich skeptisch bin, dass der von Ihnen genannte

Wille der WählerInnen wirklich dem entspricht, dass die „Grünen“ als drittstärkste Partei, und nun verantwortlich für die Verkehrspolitik, für eine wichtige Eisenbahnunterführung die Mittel kürzen und so den Bau auf die „lange Bank“ schieben, um Geld für andere Vorhaben zu lukrieren. Nur im Koalitionspapier davon zu schreiben, dass man die Verkehrsberuhigung vorantreiben, mehr Grünraum für Graz und Platz für Menschen, urbane Ruhezone und einiges mehr für die Bewohnerinnen und Bewohner schaffen will, genügt jedenfalls nicht – das sollte sich auch in einem Budgetentwurf wiederfinden.

Und ob es zum Wohle vor allem der weiblichen Bevölkerung dient, das Budget des Frauenreferats bei € 700.000 anzusetzen, für den Containerbau der Freiwilligen Feuerwehr demgegenüber aber sage und schreibe eine Million Euro zur Verfügung zu stellen, sei auch dahingestellt (*Applaus SPÖ*). Bei diesem Vergleich kann ich absolut keine grün-feministische Politik feststellen und schon gar nicht eine Beseitigung der Ungerechtigkeiten. Sicher wird jedoch sein, dass die Frauenstadträtin Elke Edlinger diese € 700.000 für die Bedürfnisse der Frauen sehr gut einsetzen wird.

Wenn im Koalitionspapier unter anderem auch noch steht, dass im Vordergrund der politischen Überlegungen die Lebenssituation und die Bedürfnisse der Grazer und Grazerinnen zu stehen haben, so müssen sich diese angesichts dieses Budgetentwurfs einigermaßen hinters Licht geführt fühlen.

Werden doch tatsächlich gleich einmal 20 Millionen an Dividenden von den Stadtwerken abgezogen. Können die Stadtwerke so einfach 20 Millionen „locker machen“? Hellhörig werde ich da schon, wenn Stadtrat Dr. Rüscher dann bei der Präsentation des Budgets sagt: „Noch ist keine Strompreiserhöhung bei der Energie Graz.“ Wer wird denn die steigenden Kosten wirklich tragen, Frau Kollegin Gesek? Die Stadtwerke werden also Kredite aufnehmen und die Stadt Graz wird dafür die Haftung übernehmen. Und das soll Teil einer Budgetkonsolidierung sein? Es tut mir Leid, es sagen zu müssen – aber das grenzt an Budgetschwindel (*Applaus SPÖ*).

In diesem Zusammenhang klingt eine weitere Aussage des Finanzstadtrates für mich dann wie eine ernsthafte Drohung: „Es darf keine Tabus geben bei der Zielrichtung

auf 2030 – der Finanzierungsplan wird hart sein.“ Ich hoffe, Kollege Wohlfahrt, die grünen Pflänzchen oder auch das Unkraut wird dann nicht vom Winde verweht werden. Und bei Ihrer Rechnung zum Vermögen der Stadt Graz hoffe ich unter anderem auch, dass bei Ihrer Badewanne niemand den Stöpsel zieht und die grünen Visionen davonrinnen (*Applaus SPÖ*).

Wenn schwarz-grüne Politik bedeutet, den Anteil der sanften Mobilität von 52 auf 60 Prozent anzuheben, und gleichzeitig die Tarife bei der GVB angehoben werden und wieder nur einzelne Gruppen bei der Tarifgestaltung diskutiert werden, so hat auch die Aussage zur Stadtplanung „eine Stadt der kurzen Wege“ wohl eine hintergründigere Bedeutung: dass nämlich in Zukunft wieder viel mehr Menschen zu Fußgängerinnen werden und zu Fußgängern, weil sie sich keine GVB-Fahrkarte leisten können. Sie werden das billigste Verkehrsmittel benutzen müssen und dazu gehört auch Mut, Kollege Wohlfahrt.

Sehr gewagt erscheinen mir auch die Überlegungen, aus Immobilienverkäufen 21 Millionen Euro erzielen zu wollen. Welche Immobilien sind denn da gemeint? Stadtrat Dr. Rüscher meinte zwar bei der Budgetvorstellung für die Opposition, dass Uhrturm, Schloßberg und Stadtpark nicht angedacht seien. Allerdings erinnere auch ich mich da an anders lautende Zeitungsmeldungen, in denen bereits von Schloßberg-Plänen mit allen möglichen Attraktionen berichtet wurde, mit ganz konkreten Vorstellungen von Investorensseite. Ob sich diese Vorstellungen und Überlegungen mit jenen der Grazerinnen und Grazer decken, wage ich aber zu bezweifeln (*Applaus SPÖ*).

Zu einem Bekenntnis zu einer Sozialstadt Graz wird es nicht genügen, davon zu reden, dass die Gemeinschaft stets für jene da zu sein hat, die Hilfe benötigen und jeder Einzelne und jede Einzelne das Beste für die Gesellschaft beizutragen hat. Ist es doch in der Realität schon so weit, dass es auch in Graz Menschen gibt, die kein Auskommen mit ihrem Einkommen haben. Was aber nicht heißt, dass sie über ihre Verhältnisse leben, einen Berg von Schulden angehäuft hätten oder sonstwie verschwenderisch mit ihrem Geld umgegangen wären. Nein, die Wahrheit ist eine andere, sie finden aus verschiedenen Gründen, sei es wegen familiärer Verpflichtungen, Betreuungspflichten oder wegen fehlender beziehungsweise zu geringer Ausbildung keine Arbeit, die ihnen ein Einkommen gewährleistet, um ihr

Leben finanziell absichern zu können. Hier neue Wege zu gehen und alle, von der öffentlichen Hand über die Gewerbetreibenden, die Industrie, die Arbeitnehmervvertretungen, soziale Initiativen, aber vor allem alle Betroffenen einzubinden, muss Ziel sein. Soziale Sicherheit soll etwas kosten dürfen, denn sie kommt uns allen zugute. (*Applaus SPÖ*). Und in diesem Zusammenhang möchte ich dem Kollegen Hohensinner, der leider nicht mehr anwesend ist, auch noch eine kurze Erklärung geben, denn auch Altbürgermeister Stingl hat bereits Akzente gesetzt und in der Integration und bei der Beschäftigung und bei den Bedürfnissen von behinderten Menschen und Menschen mit besonderen Bedürfnissen, denn er hat deren Einsatz und die Beschäftigung im Magistrat schon vor zehn/fünfzehn oder mehr Jahren forciert.

Die Sozial- und Kulturpolitik der SPÖ zeichnet sich dadurch aus, dass wir den Menschen die Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen, die sie in ihrer jeweiligen Lebenssituation brauchen. In diesem Sinne zeichnen sich auch die trotz allem zu knappen Budgets von Stadträtin Elke Edlinger und Stadtrat Dr. Wolfgang Riedler dadurch aus, dass sie ihre Finanzmittel für die Bedürfnisse der Menschen dieser Stadt einsetzen (*Applaus SPÖ*).

Demgegenüber wird Finanzstadtrat Dr. Gerhard Rüschi mit seinem „Gießkannenbudget“ samt Zuckerlverteilung weder den Anforderungen eines Konsolidierungskurses gerecht, noch entspricht dieser Budgetentwurf – ganz abgesehen von der späten Vorlage und der mangelndem Transparenz – dem, was diese Stadt braucht, was die Grazerinnen und Grazer verdient hätten. Ich sehe in diesem Budget weder ein Ziel, noch sinnvolle Überlegungen zu Verbesserungen – eine finanzielle Perspektive bietet dieses Budget in Hinblick auf die mittelfristige Finanzierbarkeit und damit die finanzielle Sicherheit der Stadt jedenfalls nicht.

Die SPÖ wird daher diesem Budget nicht generell ihre Zustimmung geben, sondern wir werden nur dort zustimmen, wo ein klar erkennbarer Wille vorhanden ist, etwas für die Menschen zu erreichen und die finanziellen Mittel für Menschen und deren Lebensqualität und Bedürfnisse eingesetzt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir davon ausgehen, dass ein Budget gleichsam als wegweisende Richtungsentscheidung zu verstehen ist, dann müssen wir uns um diese Stadt und deren Zukunft die allergrößten Sorgen machen: Mit diesem ersten konservativ-grünen Budget wird unsere Stadt entweder gegen die Wand oder in den Abgrund fahren – eine wünschenswerte Zukunftsperspektive ist keines von beiden, und die Ziele der SPÖ sind andere (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe zu Beginn unseres zweiten Teils der Sitzung vergessen, auf das Büchlein aufmerksam zu machen, das Sie vor sich auf den Plätzen vorgefunden haben. Es ist der Magistratsdirektion – Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit gelungen, einen Wegweiser der Stadt Graz über Politik, Ämter und Dienstleistungen zu erstellen und ich bedanke mich bei Herrn Magistratsdirektor und bei Frau Mag.a Dominik und ihrem Team, dass wir einen solchen Ämterführer auch wieder da haben. Danke vielmals (*allgemeiner Applaus*).

GRÜNE

Gemeinderätin Sigi BINDER

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Sagen wir es ganz nüchtern, das vorliegende Budget ist, was es ist: Der notwendige Schritt, ein Provisorium zu beenden und die vorhandenen Geldmittel regulierend und steuernd einzusetzen, das ist es (*Applaus Grüne*). Es ist aber auch nicht mehr und es ist uns Grünen gelungen, die Nebelfelder des Budgets zu lichten und zu bewerten und wir haben wieder einmal, wie in den letzten Jahren; feststellen müssen und Bestätigung gefunden, dass der von der Regierung der vergangenen Gemeinderatsperiode viel gepriesene Konsolidierungskurs auf tönernen Beinen gestanden ist und uns eine Finanzsituation hinterlassen hat, die war im Wesentlichen das Erfüllen des Pflichtprogramms ermöglicht, ein Kürprogramm aber schon ziemlich erschwert.

Daher würde ich an Stelle der SPÖ bescheidene Zurückhaltung in der von euch mit geschwollenem Hahnenkamm vorgebrachten Kritik üben, denn wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen (*Applaus Grüne*). Oder wollte ihr Glauben machen, dass eine hohe Schuldenlast über Nacht daherschneit? Wohl genauso wenig wie die Verschlechterung des Saldos der laufenden Gebarung.

Wenn der von mir geschätzte Klubobmann Herper, der selbsternannte Erstgeborene, vom Weg in die Schuldenfalle spricht und uns dafür die Verantwortung übertragen will, dann frage ich mich schon: Ist alles verkaufen, siehe, und da weise ich auf meinen geschätzten Kollegen Wohlfahrt hin, nämlich Veräußerung von unbeweglichem Vermögen 2006 im Wert von 86 Millionen, 2007 im Wert von 17 Millionen, ist dieses Verscherbeln besser, als Schulden zu machen? Wenn du davon sprichst, dass die Menschen eine Politik wollen, die klüger ist als der Markt, dann frage ich mich schon, woran kann man eure Klugheit in den letzten Jahren messen? Am Verscherbeln? Das war eure Art, zu Geld zu kommen und ihr habt den Energiebereich verkauft. Wir machen Schulden und ihr habt verscherbelt. Beides ist

auf Dauer keine Lösung. Das wissen wir. Aber in vier Monaten können wir nicht alle Fehler der Vergangenheit kompensieren. Und der Kollegin Meißlitzer ins Stammbuch geschrieben, keine Angst, die grünen Visionen rinnen nicht davon und ich möchte euch, gerade euch von der SPÖ, daran erinnern, wo wart ihr, als wir den Petitionsantrag auf Verzicht des Regresses gestellt haben, da habt ihr diesen Petitionsantrag abgelehnt.

Zu den Kollegen und Kolleginnen der KPÖ: Ihr fordert eine soziale Wende gegen das Großkapital ein. Tja, ihr macht es euch ein bisschen leicht. Wo war eurer Mut, Verantwortung zu übernehmen, als es vor fünf Jahren möglich war? Da hättet ihr andere Weichen stellen können, da hättet ihr konkret unter Beweis stellen können, wie kommunistische Budgetpolitik gegen das Großkapital aussehen kann.

Und noch etwas, ihr stellt den Alleinigkeitsanspruch, erhebt das Exklusivrecht zur Verteidigung der Grazer Stadtwerke, seid aber nicht bereit, über notwendige Strukturveränderungen im Sinne der Grazer Bevölkerung nachzudenken und das heißt per se nicht Zerschlagen und Verscherbeln, sondern die Leistungsfähigkeit eines notwendigen kommunalen Leistungsträgers zu stärken und überlegte Strukturen zu ändern (*Applaus Grüne*).

Meine grüne Fraktion hat in den vergangenen Jahren immer wieder kritisch darauf hingewiesen, dass es eines großen und tiefgreifenden Umdenkprozesses bedarf, Wolfgang Riedler, um eine Budgetpolitik einzuleiten, die partizipativ und gendergerecht ausgerichtet ist und die den Begriff Gerechtigkeit als zentrale Orientierungsgröße in den Mittelpunkt nicht nur notwendiger Debatten, sondern auch nachhaltiger Umverteilungspolitik stellt.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

GRin. **Binder:** Oh, da bin ich mir gar nicht so sicher, die Wählerinnen und Wähler haben euch eine Antwort darauf gegeben. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn Grundnahrungsmittel empfindlich teurer geworden sind, etwa Gemüse und Brot um 10 %, Nudeln um 40 %, Reis um das Doppelte, wenn die Haushalte für Energie fast 13 % mehr ausgeben müssen als im Vorjahr, wenn Wohnen für immer mehr Menschen zu einer fast unüberwindbaren Hürde wird, wenn also die Lebenshaltungskosten und die Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Gesundheit, Bildung, Mobilität, immer teurer werden und für 13 % der Bevölkerung nicht mehr oder kaum mehr leistbar sind, weil diese Menschen unter oder am Rand der Existenzsicherung leben müssen, dann haben wir die Verpflichtung, wir alle, konsequent an einer Korrektur der Verteilungspolitik zu arbeiten, auf Bundesebene heißt das die Einführung der Grundsicherung. Auf kommunaler Ebene heißt das einerseits, die sozialen Sicherungssysteme zu stärken und andererseits, Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, die es den Menschen auch tatsächlich ermöglicht, unsere Stadt als Sozial-, Arbeits-, Kultur-, Bildungs- und Integrationsraum zu erleben.

Die Weichen in die skizzierte Richtung zu stellen, wollen und werden wir schaffen, Wolfgang Riedler. Letztlich auch weil, wir politische Rechte in unserer Stadt wie zum Beispiel die ungehinderte Inanspruchnahme des öffentlichen Raumes ohne verdrängende Maßnahmen oder Menschen verachtende diffamierende Parolen lebbar machen und unsere Demokratie stärken müssen.

Dazu haben wir uns als Menschenrechtsstadt und Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus verpflichtet. Das sind auch unverrückbare Grundwerte meiner Partei (*Applaus Grüne*).

Klar ist, wir sind mit einem Partner zusammengegangen, von dem uns ideologisch einiges trennt, aber wir haben ein Koalitions-Arbeitsprogramm verabschiedet, gemeinsam verabschiedet, das auch deutlich unsere Handschrift trägt und das sich auch schon im vorgelegten Budget in Ansätzen widerspiegelt.

Bei aller berechtigten Kritik am vorliegenden Budget möchte ich einen dieser Bereich aber hervorheben. In unserem Koalitionsprogramm haben wir festgehalten, dass wir einer aktiven Integrationspolitik einen besonderen Stellenwert einräumen. Dem haben wir in beeindruckender Weise im Budget Rechnung getragen, indem das Integrationsbudget auf 526.000 Euro angehoben wurde und das Integrationsbudget wird weiter wachsen.

So ist es möglich, schon vorhandene Deutschkurse nicht nur weiterhin abzusichern, sondern auch neue zu starten, wie etwa Deutsch- und niederschwellige Konversationskurse für Eltern an Schulen anzubieten. Zur Zeit befindet sich außerdem die Konzipierung eines Deutschkurses in einer großen Reinigungsfirma mit einem hohen Anteil von ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund in der Zielgeraden. Mit anderen Arbeitsgebern werden intensive Gespräche geführt. Ebenso ist das Angebot eines attraktiven Willkommenspaketes in Ausarbeitung und wird 2009 starten.

Wir haben versprochen, dass wir unsere Schulen in ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag massiv unterstützen werden, und auch das lösen wir ein. Unser erster Schritt dazu wird die Wiedereinführung der interkulturellen Schulsozialarbeit an zwei Schulstandorten sein. Ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ich möchte nur in Erinnerung rufen, auch die SPÖ, dass die erfolgreich durchgeführte Schulsozialarbeit durch ISOP in der Neuen Mittelschule St. Andrä in der vergangenen Gemeinderatsperiode gegen unseren Protest willkürlich aufgelöst wurde.

Der Menschenrechtsbeirat, eine Einrichtung, die schon während des Wahlkampfes in beeindruckender Weise ihre Kompetenz bewiesen hat, wird weiter abgesichert und ausgebaut.

Der MigrantInnenbeirat hat eine Strukturreform erarbeitet und befindet sich mit dem neu gewählten Vorstand und der Vorsitzenden Svijetlana Podlesnik auf einem Erfolg versprechenden Kurs. Und selbstverständlich werden wir alle Anstrengungen unternehmen, um die in diesem Bereich seit vielen Jahren erfolgreich tätigen NGOs auch weiterhin finanziell abzusichern sowie im Übrigen auch die Grazer Frauenbeauftragte (*Applaus Grüne*).

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, ich konnte Ihnen anhand der angeführten Beispiele in einem unserer Schwerpunktbereiche, der Integration, veranschaulichen, wie engagiert hier gearbeitet wird und was innerhalb kurzer Zeit auf die Beine gestellt werden kann, wenn Grüne Verantwortung übernehmen. Und hier möchte ich mich auch ausdrücklich bei Brigitte Köksal, der Leiterin des Integrationsreferates, für ihre

hervorragende Arbeit bedanken, die von großem Einsatz und Umsichtigkeit geprägt ist (*Applaus Grüne*).

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ja, es bedarf einer neuen Politik. Gestalten wir diese gemeinsam. Die Zukunft beginnt heute.

Danke für eure Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

K P Ö

Gemeinderat Herbert W I P P E L

„Die Schwärmerei für die Natur kommt von der Unbewohnbarkeit der Städte“, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste. Die Schwärmerei für die Natur kommt von der Unbewohnbarkeit der Städte, hat einst Eugen Bertolt Brecht gesagt, und hat dabei noch nicht einmal die Feinstaubwerte von Graz in seine Überlegungen miteinbezogen.

Unbewohnbar ist Graz noch nicht geworden, aber die Lebensqualität vor allem was die Auswirkungen auf die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger ausmacht, hat in den letzten Jahren leider keine Verbesserung erfahren.

Aber gerade dafür sind im Budget Vorkehrungen zu treffen. Wie können wir den innerstädtischen Grünraum absichern und eventuell sogar ausbauen und verbessern? Wie sollen wir die Wälder in Graz als Naherholungsgebiet für alle Grazerinnen und Grazer sichern? Wie soll der Grüngürtel um Graz erhalten bleiben? Wie verhindern wir weitere Einkaufszentren, wo heute noch Äcker sind? Um diese Fragen im Sinne und zum Wohle der Grazerinnen und Grazer beantworten zu können, benötigt es budgetäre Weichenstellungen.

Was die Parkanlagen in der Stadt betrifft, wie zum Beispiel den Oeverseepark, der nur gepachtet ist, oder was die vielen Kleingartenanlagen, die immer wieder im Gerede sind, ob die Pachtverträge noch einmal verlängert werden: Hier gibt es weiterhin große Unsicherheiten. Es gilt, diese Parkanlagen und Kleingärten auf Dauer abzusichern. In diesem Hause schon mehrmals angesprochen und immer wieder versprochen, ist der Ankauf von Wäldern! Wie sieht es tatsächlich aus? Was ist seit den Jahren passiert, seit das hier versprochen wurde und was sagt das jetzige Budget darüber aus? Ich konnte nichts darüber herauslesen.

Wie wollen wir den Grüngürtel, den alle so vollmundig zu schützen vorgeben, tatsächlich vor weiterer Verbauung bewahren? Erst in der letzten

Gemeinderatssitzung wurde ein weiteres Bauvorhaben vom Gemeinderat – gegen Stimmen der KPÖ – abgesegnet. Hier müssten, um dem Namen Grüngürtel tatsächlich gerecht zu werden – Rückwidmungen von Bauland in Freiland stattfinden (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), was natürlich auch finanzielle Auswirkungen hätte. Aber wenn man das nicht will – und es sieht nicht so aus, als ob man das wollte - dann sollte die schwarz/grüne Koalition auch so ehrlich sein, sich vom Namen „Grüngürtel“ verabschieden und in „teures Bauland in relativ grüner Umgebung“ umbenennen. Denn tatsächlich besteht der Grüngürtel zu großen Teilen aus Bauland und ist eigentlich nur ein Qualitätsmerkmal für höhere Grundstückspreise, aber kein Garant für tatsächliche Natur- beziehungsweise Freiflächen. Der Flächenwidmungsplan, der hier eigentlich regulierend eingreifen sollte, ist ein Atlas für Spekulantentum geworden. Einzelne Grundstücksbesitzer mit nötiger Lobby im Hintergrund haben so in relativ kurzer Zeit durch Umwidmungen von Freiland in Bauland Millionen gemacht. Geld, das die Stadt quasi herschenkt, ohne eine Gegenleistung dafür zu bekommen.

Aber auch in anderen Bereichen wurden und werden weiterhin wertvolle Ressourcen der Stadt vergeudet: Das vor allem im Süden der Stadt noch großflächig vorhandene Bauland wurde in unverantwortlicher Weise für Einkaufszentren und, wie sie die Stadtplanung gerne nennt, „Flächmänner“, also eingeschossige Hallenbauten verbraucht. Wohl wissend, dass es sich dabei um einen Verdrängungswettbewerb handelt, lässt man weiterhin Einkaufszentren bauen. Ein entsprechendes Regulativ, wie es zum Beispiel eine Flächenversiegelungsabgabe wäre, ist dringend einzuführen. Auch wenn im jetzigen Koalitionsübereinkommen steht: „keine weiteren Einkaufszentren“, so war das wohl das kurzlebigste Regierungsversprechen von allen, denn schon in der ersten Sitzung des zuständigen Ausschusses wurden drei weitere Einkaufszentren vorgelegt.

Leider hat auch eine verfehlte Budgetpolitik bei der Messe in den letzten Jahren eine unkontrollierte und unkoordinierte Verbauung einer der wertvollsten Flächen in Graz zur Folge. Aus Budgetnot, weil dringend zum 100-Jahr-Jubiläum der Grazer Messe noch eine sündteure Halle benötigt wurde, ist wertvolles Bauland verkauft worden, ohne zuvor eine gemeinsame Entwicklung sicher zu stellen. Ich sage nicht, dass es nicht Pläne genug dazu gegeben hätte. Aber diese wurde alle wieder verworfen, weil

sie nicht den nötigen Kaufpreis erzielt hätten. Mit anderen Worten: Um dem teuersten Zuschussbetrieb der Stadt Graz, der Grazer Messe, auch noch ein schönes Geburtstagsgeschenk zu machen, wurde eine vernünftige Entwicklung eines der wertvollsten innerstädtischen Gebiete aufgegeben. Eine Kehrtwendung ist auch hier nicht in Sicht, wenn man die weiteren Pläne für die Grazer Messe anschaut.

Die Zersiedelung auch in städtischen Randgebieten, aber natürlich im vermehrten Ausmaß darüber hinaus ist eine Folge solcher Sünden im innerstädtischen Bereich. Welche finanziellen Auswirkungen das hat, ist den meisten hier bekannt: Wenn die Familien über die Stadtgrenzen hinaus abwandern, ist es ganz klar, dass der Stadt auf der einen Seite Steuereinnahmen fehlen und auf der anderen Seite die Infrastruktur für diese Familien weiterhin den Steuerzahler in Graz belastet. Aber auch im Stadtrandgebiet von Graz wird durch eine aus meiner Sicht falsche Siedlungs- und Stadtentwicklungspolitik nachhaltig das Budget belastet. Die Kosten für den Ausbau des Kanalnetzes, der Fernwärme und vor allem für den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs sind in diesen sporadisch durch Ein- und Zweifamilienhäuser zersiedelten Gebietes um ein Vielfaches höher. Gerade was den öffentlichen Verkehr aber angeht, hat der Gemeinderat in der letzten Periode einen Beschluss gefasst, der die Finanzierung auch langfristig absichern könnte:

Unsere langjährige Forderung nach einer Nahverkehrsabgabe der Unternehmer ähnlich der Wiener U-Bahnsteuer wurde auch von Seiten der Grünen immer stark unterstützt und zuletzt im Wahlkampf auch öffentlich propagiert. Sie ist ein Gebot der Stunde, wenn der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes nach der von Stadtrat Rüschi im Herbst angekündigten einschneidenden Maßnahmen nicht plötzlich zum Stillstand kommen soll.

Was nicht zum Stillstand kommt, ist die Preisentwicklung nach oben bei den Tarifen im öffentlichen Verkehr, die in nicht einmal mehr zwei Monaten wieder einmal angehoben werden. Der Finanzierungsvertrag mit den GVB kommt heuer erstmals zum Tragen und belastet das Budget der Stadt zusätzlich, wie der Finanzstadtrat ausgeführt hat. Früher konnten die Stadtwerke mittels Querfinanzierung aus den Erlösen des Energiebereichs den öffentlichen Verkehr in Graz sichern. Auch das ist eine Folge einer verantwortungslosen Budgetpolitik, die sich allerdings seit 2002, als

der Energiebereich der Stadtwerke verkauft wurde, und teilweise schon früher wie ein roter Faden bis jetzt durchzieht. Auch hier ist keine Änderung zu erkennen.

Politische Verantwortung zu tragen, heißt in diesem Fall auch, deutlich diese Fehler der Vergangenheit und der Gegenwart aufzuzeigen, damit sie nicht wiederholt werden. Die KPÖ wird weiterhin für eine Budgetpolitik eintreten, die eine ökologisch – soziale Stadt- und Verkehrsentwicklung ermöglicht und deshalb in allen Fragen wie immer sachlich entscheiden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 15.50 Uhr den Vorsitz.

FPÖ

Gemeinderat Christoph H Ö T Z L

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenates, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Eine Milliarde Euro Schulden, enorme Neuverschuldung. Wenig Bewegung. Stillstand. Sparen muss nur der Bürger. Das ist das Budget von Schwarz/Grün in Kurzfassung.

Schwarz/Grün will ganz offensichtlich die Grazer Stadtwerke beziehungsweise die Graz AG „ins Trockene“ bringen. Aus diesem Grund werden unter anderem die Pensionslasten der Stadtwerke-Mitarbeiter und deren Pensionisten einfach auf das Budget der Stadt Graz „ausgelagert“.

Finanzstadtrat Rüscher, unser Budget-Kosmetiker, wie es die Frau Stadträtin Kahr am vergangenen Sonntag im Grazer mitteilen hat lassen, aber er ist für mich nicht nur ein Budget-Kosmetiker, er ist für mich viel mehr ein Budget-Schönheits-Chirurg, will hier offenbar im Auftrag des Herrn Bürgermeisters und dessen Stellvertreterin über Umwege, aber vor allem zu Lasten des Grazer Budgets, die Bilanzen der künftigen „Graz AG – Stadtwerke für kommunale Dienste“ verschönern.

Hier „kauft“ man sich wohl die zukünftigen entsprechend geschönten Bilanzen der Graz AG auf Kosten des Grazer Budgets. Sie suchen offensichtlich heute schon nach „guten“ Argumenten - oder sind es vielleicht gar Entschuldigungen? - für die skandalöse Umfärbungsaktion des Aufsichtsrates, bei der Sie sich die Macht auf Schwarz und Grün aufteilen und sich jeglicher Kontrolle bzw. Mitsprache durch die anderen Fraktionen aus diesem Hause verwehren (*Applaus FPÖ*).

Aber, Herr Bürgermeister, der jetzt nicht da ist, weil es anscheinend nicht gar so wichtig ist, die Budgetdebatte, aber Herr Bürgermeister Nagl und Herr Stadtrat Rüscher: die Grazerinnen und Grazer werden diese Vorgehensweise Ihrerseits nicht für gut befinden. Wir werden nicht müde, unsere Bürgerinnen und Bürger immer und

immer wieder darauf aufmerksam zu machen, welche Politik sie am 20. Jänner 2008 in Wirklichkeit ermöglicht haben. Und glauben Sie mir: Sie können Ihre Wählerinnen und Wähler nicht für dumm verkaufen.

Wenn man sich Teile des Budgets so anschaut, kommt mir der Gedanke, „Geld spielt keine Rolle. Das Beste und Teuerste ist für uns gerade gut genug. Fast könnte man meinen, wir wären Millionäre, ja nahezu Milliardäre. Ich darf Sie beruhigen: wir *sind* Milliardäre. Aber leider „Schulden-Milliardäre“. Sie, Herr Bürgermeister, werden in die Geschichte dieser Stadt eingehen. Noch lange werden die Menschen über Sie reden, noch jahrzehntelang. Und zwar als der Bürgermeister der ersten Milliarde, der ersten Milliarde Euro, wohlgemerkt, an Schulden für unsere Stadt. Sie waren es, der die Schallmauer durchbrochen hat. Der es zumindest zugelassen hat.

Betrachten wir einmal einige größere Posten in Ihrem Budget. Ausgabenseitig finden wir hier unter anderem insgesamt rund 20 Millionen Euro für den „langen 6er“. Für mich ist das der „Millionen-Sechser“. Dieser „Millionen-Sechser“ hat aber so gar nichts mit einem 6er im Lotto zu tun. Nein, meine Herren, dieser 6er, die Verlängerung der Straßenbahnlinie 6 ins Peterstal nach hinten, verschlang Millionen, verschlang auf der geplanten und nunmehr fertiggestellten Trasse sehr viele für die dortigen Anwohner sehr wichtigen Parkplätze und dutzende an großen und alten Bäumen (die Lunge unserer Stadt) im in Peterstal hinten im Grüngürtel. Auch hier haben die Grünen, wie mein Kollege Gemeinderat Mag. Mariacher vorhin sehr treffend gesagt hat, als verfrühte Morgengabe an die heutigen Partner, die ÖVP, brav mitgestimmt und sogar dafür gekämpft. Eine Volksbefragung wurde kurzerhand aufgehoben. Wohl wissend, dass sie negativ ausgehen würde, wurde diese dann auch nicht mehr nachgeholt.

Die Grünen sind über ihren Schatten gesprungen, indem sie dieses Projekt des langen Sechlers unterstützten und damit die politische Kettensäge selber gestartet haben, um unzählige, große, alte und vor allem gesunde Alleebäume auf dem Weg der Trasse zu fällen.

Schauen Sie sich heute diesen „Millionen-Sechser“ an. Auch diverse Grazer Zeitungen berichten darüber, dass die Fahrgastzahlen weit, wirklich weit hinter den

Versprechungen und Erwartungen der Verantwortlichen bei Grün und Schwarz liegen.

Aber wir haben´s ja. Bauen wir einfach eine Straßenbahn dorthin, wo sie offensichtlich niemand benötigt. Hauptsache unsere Prestigeprojekte werden auf dem Rücken der Bevölkerung durchgepeitscht.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Anscheinend verbringen Sie Ihre Zeit hauptsächlich im Elfenbeinturm Ihres Bürgermeisterbüros. Wir, die Freiheitlichen, sind bei den Menschen, auch in St. Peter. Wir wissen, dass sehr viele Betroffene in diesem Bezirk Ihre Politik des D´überfahrens strikt ablehnen.

Aber kommen wir jetzt zu einem Bereich, der in Graz wohl einen sehr großen Aufholbedarf hat: die Wirtschaft. Wir kennen alle den Spruch: „Geht´s der Wirtschaft gut, geht´s uns allen gut.“

Vor den Toren unserer Stadt entsteht ein Einkaufszentrum nach dem anderen, und dem Vernehmen nach laufen die Geschäfte dort sehr gut. Wo liegen hier die Gründe? Parkplätze in ausreichender Anzahl, nicht überzogene Geschäftsmieten, annehmbare Grundstückspreise, entsprechende Förderungen verschiedener Art von den jeweiligen Gemeinden usw., usf.

Gleichzeitig gibt es bei uns in Graz das Phänomen, dass es Plätze und Straßen gibt, die langsam aber sicher sterben oder aber schon gestorben sind. Die Grazerinnen und Grazer gehen offensichtlich nicht mehr so gerne in Graz einkaufen. Irgendetwas muss hier wohl in den letzten Jahren bis in die Gegenwart hinauf schief gelaufen sein. Auch hier gibt es sehr viele Gründe: zu wenige Parkplätze, zu hohe Parkgebühren, teilweise ein unzureichender Mix an Angeboten von Waren und Dienstleistungen, weil sich auch Unternehmen mit ihren Filialen nicht mehr so gerne in Graz ansiedeln. Wofür es auch wieder unzählige Gründe gibt: hohe Mieten, hohe Grundstückspreise, hohe Betriebskosten und hohe Gebühren.

Mir fehlen in Ihrem Budget ausreichend Positionen, die in irgendeiner Form in Richtung Wirtschaftsförderung gehen, Wirtschaftsförderung für die Klein- und Mittelunternehmen, der Stütze unserer heimischen Wirtschaft. Geht es der Wirtschaft

gut, geht es uns allen gut. Würden Sie die Ansiedelung von Betrieben in Graz fördern, wie beispielsweise entsprechende Handelsunternehmen in der Innenstadt, in der Annenstraße, im Bereich Gries- oder Lendplatz, hätte das für die Grazerinnen und Grazer nicht nur in Bezug auf ein gutes Angebot und die Möglichkeit, bequem einkaufen gehen zu können, enorme Vorteile. Derartige Förderungen und Maßnahmen würden Arbeitsplätze schaffen, die Stadt Graz würde wiederum über diverse Gebühren und nicht zuletzt aber auch über die Kommunalsteuer Einnahmen erlangen beziehungsweise vergrößern. Ich kann Ihnen beim Budget 2008 in diesem Punkt leider keine guten Noten ausstellen und darf Ihnen, Herr Bürgermeister beziehungsweise Frau Vorsitzende, stellvertretend dafür im Anschluss meiner Rede diesen Bettlerhut überreichen. Dieser Bettlerhut soll ein Denkanstoß dafür sein, dass sie ihn Geschäftsleuten weitergeben, deren Geschäfte aus vorher genannten Gründen nicht mehr so gut laufen, wie sie sich das wünschen würden. Mit diesem Bettlerhut können die Geschäftsleute vor ihr Geschäft treten, um selber betteln zu gehen, aber da Sie ja gegen das von uns eingebrachte Bettelverbot mit breiter unter anderem schwarz/grüner, Mehrheit gestimmt haben, kann dies der jeweilige Geschäftsmann auch ungestraft machen und hier kommt er dann auch in den Genuss der bisher aus meiner Sicht einzigen Fördermaßnahme von Schwarz/Grün in der Innenstadt, nämlich des Bettelwesens. Und hier werden Sie mir zustimmen müssen, weil dieser Wirtschaftszweig ist einer der wenigen, wenn nicht der einzige in der Innstadt, der wirklich boomt (*Applaus FPÖ*).

Fördern Sie die Wirtschaft bei Klein- und Mittelunternehmen, dem größten Arbeitgeber in unserem Land. Eine wirtschaftlich belebte Stadt schafft Arbeitsplätze, gibt der Jugend Lehrstellen, bringt der Stadt Einnahmen und belebt auch den Tourismus. Fördern Sie die Wirtschaft und verdienen Sie selber damit Geld. Machen Sie nicht nur neue Schulden. Seien auch Sie ein Geschäftsmann. Ein Geschäftsmann für unser Graz. Fördern Sie die Grazer Wirtschaft und verdienen Sie für unser Graz Geld damit. Seien Sie nicht nur Bürokrat und Berufspolitiker, seien Sie auch Geschäftsmann. Ein Geschäftsmann für unsere Grazerinnen und Grazer. Verdienen Sie für unsere Bürger lieber Geld und machen Sie nicht immer nur neue Schulden.

Wir wollen wieder stolz sein. Stolz sein auf unser Graz. Mit all seinen Plätzen und Straßen. Auch wieder auf jene Plätze und Straßen, die heute bei vielen Grazerinnen und Grazern als Schandfleck bezeichnet werden.

Wir, die Freiheitlichen, stehen Ihnen gerne für Gespräche zur Verfügung. Wir haben viele gute Ideen. In unseren Reihen sitzen nicht nur Berufspolitiker, die nach getaner Arbeit im Gemeinderat oder Stadtsenat dann vielleicht auch noch in irgendeinem städtischen Betrieb mit einem Versorgungsposten belohnt werden müssen.

Dem uns vorgelegten Budget und den daraus hervorgehenden Neuverschuldungen können wir, die freiheitliche Fraktion, selbstverständlich nicht zustimmen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Gemeinderat Hötzl überreicht der Bürgermeisterstellvertreterin einen Hut.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ich weiß gar nicht wie die Regel ist, ob man da herinnen eine Kopfbedeckung absetzen muss, aber nachdem wir nicht in der Kirche sind, sondern im Gemeinderatssaal, darf ich sie aufbehalten. Wir sind jetzt zu Ende mit den Debattenbeiträgen durch die Hauptredner/-rednerinnen und die zweiten Rednerinnen/Redner pro Klub, weil das BZÖ auf die zweite Rede verzichtet hat und kommen somit zu den Beiträgen der einzelnen Stadtsenatsmitglieder. Wobei wir das in alphabetischer Form abwickeln.